

## Energiemärkte im Aufbruch



Die Referenten und Veranstalter der Tagung: Dr. Joachim Pfeiffer MdB, Prof. Dr. Michael Eilfort (Stiftung Marktwirtschaft), Cornelius Brand (Concilius), Robert Busch, Rolf Hempelmann MdB und Staatssekretär Jochen Homann.

### Mit Beiträgen von

**2 Jochen Homann**  
Staatssekretär  
im Bundeswirtschaftsministerium

**3 Robert Busch**  
Geschäftsführer  
des Bundesverbandes  
des Neuer  
Energieanbieter

**3 Dr. Joachim Pfeiffer MdB**  
Energiepolitischer  
Sprecher der  
CDU/CSU-Fraktion

**4 Rolf Hempelmann MdB**, Energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Für den Abend des 5. März 2008 hatte die Stiftung Marktwirtschaft zusammen mit dem Beratungsunternehmen Concilius in den Deutschen Bundestag – Sitzungssaal 1228 mit Blick über die Spree – zu einer offenen Gesprächsveranstaltung unter dem Titel „Energiemärkte im Aufbruch“ eingeladen. Diskutiert wurde, in welchem Verhältnis Energie und Wettbewerb zukünftig stehen werden. Mit dem Auditorium, das sich aus vielen Experten und Interessenten aus der Energiepolitik zusammensetzte, diskutierten Jochen Homann, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Robert Busch, Geschäftsführer des Bundesverbandes Neuer Energieanbieter sowie die energiepolitischen Sprecher Joachim Pfeiffer (CDU/CSU-Fraktion) und Rolf Hempelmann (SPD-Fraktion).

In seiner Begrüßung verwies Stiftungsvorstand Michael Eilfort auf den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, der im Bereich Energie erst noch Raum greifen müsse. Wettbewerb mache das Erreichen von Klimaschutzziele möglich, schaffe Versorgungssicherheit und biete einen breiten Energiemix, ohne auf Dirigismus und Staatswirtschaft zu setzen. Eilfort stellte in diesem Zusammenhang den neuen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung Marktwirtschaft „Energie und Ressourcen“ vor, der sich der Erarbeitung von marktwirtschaftlichen Konzepten für die Energieversorgung der Zukunft widme. Bei diesem Thema soll eine unabhängige Stimme, die jenseits von Partikularinteressen eine klare ordnungspolitische Linie verfolgt, durch die Stiftung Marktwirtschaft vertreten werden.



**Jochen Homann**

ist Staatssekretär  
im Bundesministerium für  
Wirtschaft und Technologie

Zunächst gratulierte Staatssekretär Jochen Homann den Veranstaltern zur gelungenen Fokussierung eines hochaktuellen Themas: Die Energiemärkte befänden sich derzeit tatsächlich „im Umbruch“.

Mit Verweis auf die Planung, bis zum Jahr 2020 „fast jedes zweite Kraftwerk“ in Deutschland zu ersetzen, nannte Staatssekretär Homann den Ausstieg aus der Kernkraft „gewagt“, insbesondere wenn man sich gleichzeitig gegen den Ausbau der Kohlekraftwerke wende. Eine öffentliche Debatte finde trotz allem dazu nicht statt. Insgesamt sei mehr Transparenz für den Verbraucher und mehr Wettbewerb unter den Versorgern notwendig. Nur auf diesem Wege lasse sich die Wirtschaftlichkeit der Versorgung gewährleisten. Homann betonte, dass er die Verfahrensaufnahme zur Kontrolle der Netzentgelte durch das Kartellamt begrüße. Mit Blick auf die europäische Ebene sagt Homann, er wende sich gegen eine gesetzliche Eigentumsent-

flechtung bei Energieproduktion und Netzbetrieb, dem so genannten Unbundling. Er fürchte „jahrelange Prozesse“ und eine mangelnde Investitionsbereitschaft der neuen Netzeigentümer. Unabhängige Netzbetreiber seien allerdings zu stärken.

Robert Busch, Verband Neuer Energieträger, machte sich für eine Nachbesserung des Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG stark; es dürfe nicht zur Verteuerung der Direktvermarktung von Energie führen. „Erschreckend wenig Wettbewerb“ sei zudem auf dem Gasmarkt zu verzeichnen, hier bedürfe es eines verbesserten Netzzugangsmodells. Busch lenkte den Blick außerdem auf die Liberalisierung des Stromzählerwesens. Durch Elektronik und Internetanbindung könnten die Zähler heute stark zur Transparenz des Wettbewerbs beitragen und Anreize zum Stromsparen liefern. Notwendig sei hier die Einheitlichkeit der elektronischen Meldungen der jeweiligen Zähler.



**Robert Busch**

ist Geschäftsführer  
des Bundesverbandes  
Neuer Energieanbieter

*Dr. Joachim Pfeiffer*

*MdB CDU/CSU*

*Mitglied im Ausschuss  
für Wirtschaft und  
Technologie*

*Koordinator in Energiefragen  
der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion*



Zu Beginn seines Beitrages verwies Joachim Pfeiffer (CDU) auf die „über 100-jährigen Energieversorgungskartelle“, die erst im Jahr 1998 gesprengt worden seien. Bis allerdings das Ziel eines funktionierenden EU-Binnenmarktes für Energie erreicht sei, müsse noch ein weiter Weg gegangen und Rahmenbedingungen vereinheitlicht werden. Zudem sei der Wettbewerbsgedanke stärker zu betonen. Im Energiemarkt habe man zumindest erreicht, dass der effizienteste Anbieter belohnt werde und die Netznutzungsentgelte erstmals zurückgingen; angesichts des natürlichen Monopols des Stromnetzes – der Bau von Parallelnetzen sei eben nicht denkbar – sei die Anforderung an die Regulierungsbehörde sehr hoch. Dies sei im Gasmarkt anders, wo neue Pipelines und dezentrale Biogashersteller den Markt in Bewegung bringen können.

Pfeiffer machte deutlich, dass der Weg zu mehr Wettbewerb im Energiemarkt nicht über das EEG führe, das für Preissteigerungen in Höhe von 14 % im vergangenen Jahr verantwortlich sei und „mit Markt nichts zu tun“ habe. Er fügte an, auch der Emissionshandel beeinflusse den Preis für Energie, allerdings nicht marktgetrieben, sondern „staatlich induziert“. Insgesamt seien rund 40 % des Strompreises staatlich hervorgebracht.

Generell könnte ein Mangel an Informationen für die Bürger beklagt werden. So sei auch im Verbrauchsmix der Zukunft noch Kernenergie aus Importen enthalten. Die Verbraucher sollten zudem selbst ihren Zähler ablesen; niemand wüsste derzeit, wie viel er verbraucht. Abschließend betonte Pfeiffer, die Planwirtschaft sei grundsätzlich der falsche Weg für die Energieversorgung. Er freue sich daher über die Initiative der Stiftung Marktwirtschaft.

Der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Hempelmann betonte, dass auch die Anbieter von erneuerbarer Energie bald in den Wettbewerb entlassen würden. Die Produktion erneuerbarer Energie sei jedoch ein Bereich, wo der Staat Anstöße geben müsse. Insgesamt sehe er einen klaren und sehr begrüßenswerten Trend zu mehr Wettbewerb im Energiebereich. Dazu trage auch die Bundesnetzagentur bei, die den Netzzugang diskriminierungsfrei durchsetzen könne; hier seien weitere Instrumente nicht erforderlich und sogar kontraproduktiv. Sinkende Netzentgelte seien erreicht worden, allerdings müssten diese Entgelte stets angemessen bleiben, um Investitionen weiterhin zu ermöglichen. Mittlerweile erlebe man einen erheblich erleichterten Lieferantenwettbewerb, der sich auch in den 1,2 Millionen Kunden zeige, die im Jahr 2007 ihren



Stromversorger gewechselt hätten. Weitere strukturelle Maßnahmen der Politik, etwa die Etablierung einer europäischen Strombörse, müssten diesen Prozess noch befördern. Gleichzeitig sei die Erneuerung des Kraftwerkparks bis zum Jahr 2020 ein ebenso wichtiges politisches Ziel, so Hempelmann. Ihn erfülle allerdings mit Sorge, dass die diesbezüglichen Zusagen der Kraftwerksbetreiber zurückgenommen werden könnten. Tatsächlich müsse konstatiert werden, dass die Preise sowohl für Kraftwerke als auch für fossile Rohstoffe gestiegen seien, zudem gebe es starke lokale Widerstände gegen neue Kohlekraftwerke. Der Dissens über die zukünftige Nutzung der Kernenergie sei bereits im Koalitionsvertrag festgehalten worden. Somit sei klar, dass zumindest in der aktuellen Legislaturperiode „keine neuen Positionen“ der Bundesregierung zu erwarten seien. Abschließend betonte Hempelmann, die Politik müsse beim Emissionshandel die Steuerungsmöglichkeiten in den Händen behalten. Zudem gelte es, den Ausbau der Offshore-Windenergie zu fördern: Die Rendite, welche nach dem kostenintensiven Ausbau der Infrastruktur übrig bleibe, müsse für Investoren ausreichend attraktiv sein.

## Diskussion

In der Diskussion mit dem Auditorium wurde das Thema Unbundling, die politisch erwogene Trennung von Energieproduktion und Netzbetrieb, fokussiert. Andreas Brabeck, RWE Energy AG, verwies auf den Investitionswillen der Energiewirtschaft. In diesem Zusammenhang sei allerdings die Verzinsungsvorgabe der Netzaufsicht zu gering; die Verzinsung von Netzinvestitionen müsse daher schnellstens neu festgelegt werden. Staatssekretär Homann bestätigte, es würden Gespräche zwischen Bundeswirtschaftsministerium und Bundes-



### **Rolf Hempelmann**

*MdB SPD*

*Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie*

*Vorsitzender der Arbeitsgruppe Energiepolitik und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

netzagentur bezüglich der Rendite des Netzbetriebes geführt. Er warnte die Energieversorger jedoch davor, mit einem Netzverkauf zu drohen, falls die Rendite nicht ein gewünschtes Maß betrage. Pfeiffer sprach sich dafür aus, Qualitätskriterien für den Betrieb der Stromnetze zu definieren. Nur so könne Transparenz in das natürliche Monopol Stromnetz gelangen. Hempelmann verwies auf einen preisdämpfenden Effekt durch die Netzregulierung. Die Preisdämpfung mache eine teurere klimaverträgliche Energieproduktion überhaupt erst möglich. Die Renditen des Netzbetriebs seien zu überprüfen, denn bei zu geringen Netzentgelten drohe eine „Qualitätsfalle“. Thomas Mecke, Nuon Deutschland GmbH, sprach sich gegen staatlich festgelegte Renditen aus: Das „kleine Pflänzchen Marktwirtschaft“ müsse dringend gepflegt werden.



### **Impressum**

Susanna Hübner (v.i.S.d.P.)  
 Stiftung Marktwirtschaft  
 Charlottenstr. 60  
 10117 Berlin  
 Tel: (030) 206057-33  
 www.stiftung-marktwirtschaft.de